

# Bhutans "Donner-Drachen" könnte einlenken

Die stellvertretende US-amerikanische Staatssekretärin Julia Taft, verantwortlich für Bevölkerung, Migration und Flüchtlingsfragen, besuchte in der ersten Januarhälfte Thimpu, die Hauptstadt des Königreiches Bhutan. Der Besuch in Thimpu war unmittelbare Folge ihres Besuchs in Kathmandu und einem Besuch in den Flüchtlingscamps in Jhapa (Nepal) im Oktober 1999. Vor ihrer Reise nach Thimpu traf sie auch mit indischen Offiziellen in New Delhi zusammen.

Über ihre Gespräche mit den bhutanesischen Stellen drang fast nichts an die Öffentlichkeit. Aber es ist offensichtlich, daß in den USA sowie in einigen Ländern der Europäischen Union der Eindruck entsteht, als sei die Existenz des Landes des "Donner-Drachen" als souveräner Staat durch die jüngsten Entwicklungen ernsthaft in Gefahr. Vor der amerikanischen Staatssekretärin besuchte der norwegische Außenminister Knut Vollebaeck Kathmandu und anschließend Thimpu. Man geht davon aus, daß er seinen bhutanesischen Gastgebern klargemacht hat, daß es an der Zeit sei, das Flüchtlingsproblem nun endlich zu lösen.

Nach diesen beiden Staatsbesuchen scheint die Regierung in Thimpu ihre sphinxartige Haltung aufzugeben. Schon bald soll die neunte Runde der bilateralen Gespräche zwischen Bhutan und Nepal in Thimpu stattfinden. Der nepalesische Außenminister hat bereits verlautbaren lassen, daß die nächste Gesprächsrunde "hoffentlich die echten Flüchtlinge identifizieren und ihren Repatriierungsprozeß einleiten" werde.

Dem bhutanesischen König ist zunehmend bewußt, daß er den Kampf gegen die ethnischen Nepalesen und gegen die Sarchop-Dissidenten, die mehr Demokratie fordern, gewonnen haben mag; im Laufe dieser Prozesse könnte er jedoch den wichtigeren Kampf um die Souveränität seiner Nation verlieren. So wurde die Freilassung von Bhutans bekanntestem politischen Gefangenen, Tek Nath Rizal, am 17. Dezember 1999 als eine Geste des Königs gedeutet, verlorenen Boden gutzumachen. Allerdings empfinden andere Kommentatoren diese Geste als nicht ausreichend und zu spät. Der König hat auch eine Generalamnestie für ca. 200 Gefangene beschlossen, von denen 40 politische Gefangene sind.

## Neue Herausforderung durch die ULFA

Die neueste Herausforderung für Thimpu ist durch die Präsenz der bewaffneten 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) und der Bodo-Rebellen in Lagern in Süd- und Ost-Bhutan entstanden. Die Rebellen-Camps sind ein Dorn im Auge New Delhis und führen zu Irri-

tationen zwischen Indien und Thimpu. Bhutan ist nicht in der Lage seine Grenzen zu kontrollieren, um so die Aktivitäten der bewaffneten Oppositionsgruppen zu stoppen. Die Dzungkas, Leiter der bhutanesischen Verwaltung auf Distriktebene, haben angekündigt, daß jeder, der der ULFA oder den Bodos hilft, zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt werde. Es wird berichtet, daß der König den Chef der ULFA, Paresh Barua, am 15. Oktober 1999 im Sarbhang Distrikt getroffen hat und ihn bat, die ULFA-Camps in Bhutan zu räumen. Bisher hat die ULFA darauf noch nicht reagiert.

Im letzten Jahrzehnt war der Exodus von bhutanesischen Staatsbürgern mit ethnisch nepalesischem Hintergrund ein Zankapfel zwischen Kathmandu und Thimpu. Obwohl die beiden königlichen Familien in Kathmandu und Thimpu traditionellerweise herzliche Verbindungen pflegen, hat das Eindringen von 90.000 Flüchtlingen die Verbindungen zwischen Bhutan und Nepal abkühlen lassen. Ursprünglich überquerten die Flüchtlinge die Grenzen zu den indischen Bundesstaaten Assam und Westbengalen. Die indischen Behörden luden sie dann auf Lastwagen und schoben sie nach Nepal ab. Die Forderung Indiens an Nepal und Bhutan, den Konflikt bilateral zu lösen, führte nur dazu, daß Kathmandu und Thimpu sich indirekt ansprachen, statt miteinander zu reden.

Nepalesen migrieren schon seit einigen Jahrhunderten immer wieder nach Bhutan. Allerdings war es die Anti-Ausländer Agitation in dem indischen Bundesstaat Assam, die die entstehenden Ängste der Regierung in Thimpu vor einer demographischen Überfremdung verstärkten. Die Rolle der ethnischen Nepalesen bei den Vorgängen, die zum Sturz der Chogyal führten und die anschließende Eingliederung Sikims an Indien ist das Thema der Alpträume der Entscheidungsträger in Bhutan.

In der Folge der Anti-Ausländer Agitationen in Assam von 1979 erließ die bhutanesische Regierung den 'Marriage Act' (Gesetz zur Regelung von Eheschließungen) sowie den 'Citizenship Act' (Gesetz zur Regelung der Staatsbürgerschaft). Die Regierung führte ebenso "Drighlam Namza" ein, den bhuta-

nischen "way of life". Im Rahmen dieses Programms wurde es zur Pflicht, "Gho" und "Kira" (die traditionelle Kleidung für Männer und Frauen) zu tragen. Die ethnischen Nepalesen hielten dies für eine kulturelle Assimilation und protestierten. Die kontroverse Volkszählung von 1988, die zur Aussonderung der "illegalen Einwanderer" abgehalten wurde, mutierte zur Operation der Vertreibung von Nepalesen aus dem Land. Ethnische Nepalesen sollten ihre Einwanderungsdokumente von vor 1958 vorlegen oder sie wurden ausgewiesen. Die ethnischen Nepalesen protestierten und Tek Nath Rizal, ein Mitglied des königlichen Beratungsgremiums ('Royal Advisory Council') übergab dem König ein Memorandum, um gegen diese Übergriffe zu protestieren. Ermutigt durch den Sturz des Königs von Nepal (als allein regierender Monarch) organisierten die ethnischen Nepalesen bisher in Bhutan nicht gekannte Demonstrationen. Die bhutanesischen Behörden antworteten mit einer massiven Razzia; bis 1991 wurden mehr als 90.000 ethnische Nepalesen ausgewiesen oder gezwungen zu fliehen.

#### Klassifizierungssystem

Am 17. Juli 1993 wurde ein bhutanesisch-nepalesisches interministerielles Komitee ('Joint Ministerial Level Committee') gegründet, welches ein für beide Seiten akzeptables Klassifizierungssystem für die in den Camps lebenden Flüchtlinge entwickeln sollte. Während der ersten Gesprächsrunde im Oktober 1993 in Kathmandu wurden folgende Kategorien zum Identifizieren und Klassifizieren der Flüchtlinge bestimmt:

- a) Echte Bhutanesen, die gegen ihren Willen ausgewiesen wurden (Vertriebene),
- b) Bhutanesen, die ausgewandert sind (Migranten),
- c) Nicht-Bhutanesen,
- d) Bhutanesen, die eine Straftat begangen haben (Kriminelle).

Seitdem haben die bilateralen Gespräche keine weiteren Fortschritte erzielen können. Das Europäische Parlament hat in einer Resolution vom März 1996 die beiden Regierungen ergebnislos aufgefordert, eine Lösung zu finden, die die Rückführung der bhutanesischen Flüchtlinge erlaubt. 1999 hat der Vorsitzende der UN-Unterkommission ('UN-Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities') Nepal und

Bhutan aufgerufen, das Problem mit gegenseitigem Vertrauen zu lösen.

1997 sah sich Bhutan einem weiteren Problem gegenüber. Die Sarchops, die zweitgrößte Gemeinschaft, haben unter der Vorherrschaft der regierenden Drukpas gelitten. Anfang 1997 protestierten die Sarchops gegen den König durch das Kleben von Postern mit pro-demokratischen Forderungen. Es folgte eine massive Razzia, während der 150 Sarchops, die angeblich Mitglieder oder Sympathisanten des 'Druk National Congress' (DNC) waren, die von dem Sarchop Dissidenten Rongtong Kunley Dorji geleitet wird, verhaftet wurden.

Dorji reiste zwischen Indien und Bhutan hin und her, um seine Demokratiebewegung in Bhutan zu stärken. Am 18. April 1997 wurde er aufgrund eines Auslieferungsgesuchs der bhutanesischen Behörden an die indische Regierung in New Delhi im Büro der 'United Front for Democracy in Bhutan' (UFD) verhaftet. In dem Haftbefehl vom Dezember 1996 wurden ihm zwei Verbrechen vorgeworfen: Die Nichtrückzahlung eines Kredits und Verstöße gegen den bhutanesischen Staat bzw. gegen das Gesetz zur nationalen Sicherheit ('Bhutan National Security Act'). Obwohl er zur Zeit gegen Kautions frei ist, muß er sich zweimal wöchentlich bei der Polizei in New Delhi melden.

Am 26. Juni 1998 löste der König völlig überraschend sein Kabinett auf und erließ ein Edikt ("Kasho") in der Nationalversammlung "Tshogdu". Obwohl viele den "Kasho" begrüßten, realisierten kritische Beobachter der bhutanesischen Entwicklungen, daß der Anspruch, "größere Beteiligung an den Entscheidungsprozessen zu fördern", doch reichlich hohl klang. Der "Kasho" institutionalisiert eine Basisdemokratie nach alt-griechischem Vorbild. Der "Tshogdu" hat 150 Mitglieder. Davon werden zwei Drittel von der Bevölkerung gewählt, die übrigen Mitglieder werden entweder vom König oder der Priesterschaft bestimmt. Vorher wurden alle Kabinettsmitglieder vom König bestimmt. Unter den im "Kasho" angekündigten Reformen müssen nun auch die vom König nominierten Kandidaten eine Vertrauensabstimmung im "Tshogdu" überstehen. Und: Kandidaten für Kabinettsposten "sollten bereits hohe Regierungspositionen im Range eines Staatssekretärs oder höher ausgeübt haben".

Das Kabinett oder "Lhengye

Shungtshog" war früher ein Gremium mit 22 Mitgliedern, dessen Vorsitz der König innehatte. Der "Kasho" hat nun die Größe des Kabinetts halbiert und "es soll von nun an aus gewählten Ministern und den Mitgliedern des königlichen Beratungsgremiums ('Royal Advisory Council') bestehen. Seit der Ratifizierung des "Kasho" hat das "Lhengye Shungtshog", welches früher für die verschiedenen Bereiche der Regierungspolitik zuständig war, die komplette Exekutivgewalt. Der König "muß nur informiert werden über Vorgänge, die die Sicherheit und territoriale Integrität des Landes betreffen".

Das "Kasho" empfiehlt auch, daß der König "sich regelmäßigen Vertrauensvoten in der Nationalversammlung stellt und daß die Nationalversammlung den König mit einer zwei Drittel Mehrheit zur Abdankung zwingen kann". Allerdings wird der König nur zugunsten des nächsten in der Thronfolge, zur Zeit dem Kronprinz Jigmye Gesar Wangchuk, zurücktreten müssen.

Interessant war auch der Zeitpunkt der Freilassung von Tek Nath Rizal. In einem Interview mit der 'Kathmandu Post' sagte seine Frau Kusum Rizal, daß ihr Mann nicht plant, sofort nach Nepal zu kommen; er habe vielmehr den bhutanesischen König um eine Audienz gebeten. Während man nicht weiß, ob der König zu einem Treffen mit Rizal bereit sein wird, hat seine Freilassung doch Freude unter den bhutanesischen Flüchtlingen ausgelöst. Die zentrale Frage allerdings bleibt, ob ein mögliches Übereinkommen zwischen dem König und Rizal die Forderungen der exilierten Bhutanesen befriedigen kann oder nicht.

Aber es scheint sich einiges zu verändern im Königreich. Die Zerstörung des Taktshang Klosters durch ein Feuer im April 1998 wird von den meisten Bhutanesen als schlechtes Omen für die Fortführung der Monarchie gedeutet. Der seit kurzem erst mögliche Zugang zu Fernsehen und Internet hat urplötzlich den Kokon der sicheren Existenz der Bhutanesen gefährdet. Es ist ihnen klar, daß die neuen Medien schlechte Nachrichten mit sich bringen, und daß die Existenz ihres Landes ernsthaft gefährdet ist, sollte es dem König nicht gelingen, die aktuellen geopolitischen Herausforderungen zu meistern.

('South Asian Human Rights Documentation Centre', New Delhi. Übersetzung: Heinz Bongartz).